

**Antrag**

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

**Verantwortung übernehmen: Dezentrale Unterbringung Geflüchteter mit Weitsicht planen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, sich seiner Verantwortung für die Unterbringung Geflüchteter endlich zu stellen. Das planlose Ende der geplanten Unterbringungseinrichtungen im Rahmen des Wohncontainer Programms (WCD) ist verantwortungslos. Der daraus folgende Ausbau der Massenunterkünfte auf den ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof ist kein Plan, sondern erschwert Integration und verbaut Zukunftsperspektiven. Massenunterkünfte schaffen mehr Probleme als sie lösen.

Der Senat wird aufgefordert, endlich einen verlässlichen Fahrplan für die Unterbringung für die kommenden Jahre vorzulegen und verlässlich an der Umsetzung zu arbeiten. Nur so ist eine angemessene Beteiligung von Nachbarschaften möglich. Das ständige Hin und Her des Senats bei der Schaffung von Unterbringungskapazitäten muss ein Ende haben. Daher soll der Senat insbesondere folgende Maßnahmen umsetzen:

- eine Strategie zur Schaffung dezentraler Unterbringungsmöglichkeiten in allen Bezirken. Dezentrale Unterbringung erleichtert nachweislich das Ankommen, die Integration und soziale und gesellschaftliche Teilhabe und muss immer Vorrang vor Massen- und Gemeinschaftsunterkünften bekommen.
- den Aufbau von qualitätsgesicherten und vertragsgebundenen Unterbringungskapazitäten für Geflüchtete und perspektivisch für Wohnungslose und andere konsequent fortsetzen. Dies ist nicht nur menschlich, sondern auch aus finanzieller Sicht überfällig angesichts der enormen Belastungen durch unkontrollierbar steigende Kosten für die Unterbringung in Hotels und Hostels. So sind im Jahr 2024 für die ordnungsrechtliche Unterbringung von wohnungslosen Menschen Kosten in Höhe von rund 364,85 Mio. Euro entstanden.

- die Unterbringungskapazitäten so zu gestalten, dass eine Nutzung zum Beispiel für Auszubildende, für Studierende und für Familien mit wenig Einkommen möglich ist. Denn Wohnraumkapazitäten werden in Berlin in jedem Fall auch unabhängig von aktuell schwankenden Mehr- oder Minderbedarfen für Geflüchtete benötigt. Planungsstopp hätte damit auch ein langfristiges Fehlen für mehr Wohnraum zur Folge unter dem die Berliner\*innen leiden müssten.
- In diesem Sinne ist auch eine Prüfung und Nutzung geeigneter leer stehender Bürogebäude geboten sowie die Prüfung wirtschaftlicher Kaufoptionen als nachhaltige Alternative zur langfristigen Anmietung.
- die Klärung der Prozesse zwischen Bezirken, LAF und Senat zur dezentralen Unterbringung und Integration geflüchteter Menschen.
- Einführung einer Fluchtpauschale für die Bezirke, um den nötigen Ausbau der sozialen Infrastruktur und die Integrationsleistungen der Bezirke rund um die neuen Unterkünfte zu sichern.
- Das geplante Ankunftscentrum soll auf maximal 500 Personen ausgelegt werden. Diese Obergrenze ergibt sich aus den Erfahrungen der Verwaltung: Nur in dieser Größenordnung lassen sich die Abläufe eines Ankunftscentrums mit integrierter Unterbringung effizient steuern, ohne dass lagerähnliche Strukturen entstehen.

Dem Abgeordnetenhaus ist zum 31. Mai 2026 zu berichten.

### ***Begründung***

Menschen fliehen vor Krieg, Terror und Verfolgung – auch nach Berlin. Der brutale Überfall Putins auf die Ukraine hat die größte Fluchtbewegung in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg ausgelöst. Als weltoffene Metropole und Hauptstadt Deutschlands trägt Berlin eine besondere Verantwortung, Geflüchteten Schutz zu bieten und ihre Grundrechte zu garantieren. Diese Verpflichtung ist tief in unserer Geschichte und unseren Werten verwurzelt. Das Grundgesetz, die Genfer Flüchtlingskonvention und andere internationale Abkommen sind Lehren aus den dunkelsten Kapiteln unserer Vergangenheit. In den letzten Jahren haben Senat, Bezirke, soziale Träger und unzählige engagierte Bürger\*innen in Berlin Großes geleistet, um das Ankommen geflüchteter Menschen zu ermöglichen. Doch die Herausforderungen bleiben enorm.

Die Massenunterkünfte auf den ehemaligen Flughäfen Tegel und Tempelhof entstanden nach Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine – Tegel zunächst als Drehkreuz und später als provisorische Notlösung, um geflüchtete Menschen kurzfristig unterzubringen und sie dann umgehend auf das Bundesgebiet zu verteilen. Was als Ausnahme gedacht war, wird aber zunehmend zur Regel – und führt zu wachsender Unzufriedenheit in der Gesellschaft und vor allem zu nachteiligen Lebensbedingungen der dort untergebrachten Schutzsuchenden. Die nun angekündigte Verhinderung der Einrichtung der dezentralen Container-Dörfer beendet alle Bemühungen, die Menschen dezentral unterzubringen. Stattdessen will der Senat Massenunterkünfte wie die in Tegel und Tempelhof weiter ausbauen.

Dezentrale Unterbringung ist Grundlage gelungener Integration. Teilhabe und Partizipation beginnen direkt in den Nachbarschaften und sind der Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben in unserer Stadt.

Auch aus finanzieller Sicht ist das Nicht-Handeln des Senats nicht nachvollziehbar. Sollten Unterbringungskapazitäten nicht ausgebaut werden, müssen Geflüchtete trotzdem untergebracht werden. So müssen teure Übernachtungen in Hostels und Hotels aus dem Landeshaushalt finanziert werden. Zudem sollten Kaufoptionen genutzt werden, wenn Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen klar für den Ankauf sprechen.

Der Senat agiert jedoch nach dem Prinzip „Aus den Augen, aus dem Sinn“. Statt gemeinsam mit den Bezirken und der Zivilgesellschaft nachhaltige Lösungen zu schaffen, beschränkt er sich auf die Organisation von Notunterkünften und Massenunterbringungen, die mit unnötig hohen Kosten zu Buche schlagen. Ziel muss aber sein: bauen, kaufen, umnutzen und modernisieren – nicht improvisieren, verdichten und verlängern.

Berlin, den 25. November 2025

Jarasch      Graf      Omar  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen